

Erscheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johanniskasse 33.  
Spendkasten der Redaction:  
Vormittags 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.

Für die Abgabe einzelner Nummern  
macht sich die Redaction nicht  
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Inserte an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Feiertagen früh bis 1/2 9 Uhr.

In den Fällen für Inf. Annahme:  
Otto Kreyer, Unterstadtstr. 22,  
Sond. Böfche, Katharinenstr. 15, p.  
nur bis 1/2 3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementpreis viertel 4/2 Rthl.,  
incl. Frangiraten 5 Rthl.,  
durch die Post bezogen 6 Rthl.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belagzettel 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbeförderung 25 Rthl.  
mit Postbeförderung 45 Rthl.

Inserte 5 Gsch. Zeitzeile 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis — Ladeblatt  
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Rubrications-  
titel die Spaltzeile 40 Pf.  
Inserte sind frei an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postvorschuss.

Nr 242.

Sonnabend den 30. August 1879.

73. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

**Sonntag den 31. August nur Vormittags bis 1/2 9 Uhr  
geöffnet.**

**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

### Bekanntmachung.

Da es wünschenswerth erscheint, daß dem  
Nationalfesttage Deutschlands, dem 2. September,  
in unserer Stadt auch äußerlich ein festliches Gepräge gegeben werde, so richten wir an die Bewohner  
unserer Stadt das Ersuchen, an diesem Tage die Gebäude in würdiger Weise mit Flaggen und Schmuck zu  
verzieren.  
Leipzig, den 28. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgl. Messerschmidt.

### Bekanntmachung.

Alle öffentlichen städtischen Verwaltungs- und Cassenexpeditionen bleiben am 2. September d. J.  
geschlossen.  
Leipzig, den 28. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgl. Messerschmidt.

### Bekanntmachung.

Am 2. September, dem Nationalfesttage Deutschlands, bleibt das städtische Museum geschlossen.  
Leipzig, am 28. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgl. Messerschmidt.

### Bekanntmachung.

Nach Anlaß mehrerer mehrfach vorgekommener Zuwiderhandlungen machen wir anordnen bekannt,  
daß das Steigenlassen von Fahndarkeln, welche mit Brennstoffen gefüllt sind, ebenso wie das Abbrennen  
von Feuerwerk in der Stadt und in den Vorstädten, soweit zu bestem nicht Erlaubniß eingeholt worden,  
bei Strafe bis zu 60 Mark,  
speciell entsprechender Haft, verboten ist.  
Leipzig, am 28. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgl. Richter.

### Bekanntmachung.

Das Befahren des Weges zwischen dem ehemaligen Frankfurter Thore und dem neuen Schützenhause  
während der Zeit  
von 1/2 3-5 Uhr Nachmittags am 2. September d. J.  
wird hiermit für Fuhrwerk jeder Art untersagt, und wird der Fahrverkehr während dieser Zeit auf den  
Weg vom neuen Schützenhause nach dem Rathshaus verwiesen.  
Zuwiderhandlungen werden mit Geld bis zu 20 M bestraft.  
Leipzig, den 28. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgl.

Das Volksgewand der Stadt Leipzig.  
Dr. Räder. Messerschmidt.

### Bekanntmachung.

Wegen der Feier des Gedantages wird der auf Dienstag den 2. September d. J. Jahres fallende hiesige  
Wochenmarkt auf  
Montag den 1. September dieses Jahres  
hiermit verlegt.  
Leipzig, am 28. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Richter.

### Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Revision der neuen Bauten an dem Eiserneisenbahn soll derselbe vom  
13. September d. J. ab auf circa 8 Tage abgesehen werden.  
Indem wir solchen zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir die Adjacenten hierdurch auf, inner-  
halb dieser Zeit die etwa nöthigen, ihnen obliegenden Bauten und Reparaturen an Ufern, Gräben und  
dergleichen ausführen zu lassen.  
Leipzig, am 14. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Baugemann.

### Gutsverpachtung.

Die Colonie des der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Rittergutes Leuch mit 243 Acker 10 □ R.  
— 134 Decar 50,02 Akr Feld (wovon ca. 130 Acker drainirt sind) und Wiese u. s. w. soll vom 1. April 1880  
an auf zwölf Jahre an den Meistbietenden anderweit verpachtet werden und beraumen wir hierzu einen  
Versteigerungstermin auf  
Sonnabend, den 6. September d. J. Vormittags 11 Uhr

im großen Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, 2. Stage, an, welcher pünktlich zur ange-  
gebenen Stunde eröffnet und, sobald kein Gebot mehr erfolgt, geschlossen wird.

Die Versteigerung- und Verpachtungsbedingungen, sowie eine Flurkarte und der Drainirungsplan  
liegen in unserer Oeconomie-Inspection im alten Johannishospital zur Einsichtnahme aus, wo auch sonst  
etwa gewünschte nähere Auskunft über das zu verpachtende Gut erteilt werden würde.  
Leipzig, den 26. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Gertriff.

### In den Wahlen in Preußen.

Berlin, 28. August. Die Kaiserstadt ist  
zunehmend der Centralpunkt der Wahlbewegung  
geworden. Auch die Liberalen sind in die Agi-  
tation eingetreten, nachdem eine Anzahl hervor-  
ragender Parteimitglieder sich hier zusammen-  
gefunden hat. Wie allgemein berichtet wird, ist eine  
Bereitigung über die feindlich-ultramontane Coali-  
tion gegenüber einzuführende Taktik erzielt und die  
Stellung der Nationalliberalen zu den Gegnern  
wesentlich geklärt worden. Wenn das Verzeichniß,  
welches jetzt von den Theilnehmern der am Sonn-  
tag hier stattgefundenen nationalliberalen Partei-  
versammlung gegeben wird (Beiser, Hertog,  
Dr. Braun, Dr. Burg, Dr. Dohrn, Dr. v. Forderbeck,  
Gärtner, Dr. Gormig, Kiesel, Dr. Miquel, Rieder,  
Röfel (Landberg), Dr. v. Seydel, Dr. Tschow,  
Dr. Wackler, Witt), auch nur einigermaßen voll-  
ständig ist, so hat der sog. linke Flügel der frac-  
tion prävalirt. Mehr als die Hälfte der genannten  
schon Abgeordneten steht mehr nach links, als  
Herr v. Forderbeck, und als rechts von ihm stehen  
sind außer Herrn v. Seydel höchstens die Abg.  
Miquel und Wackler zu bezeichnen. Hertog, Dr. Burg,  
Kiesel und Röfel gehören zu denjenigen Mit-  
gliedern des Abgeordnetenhauses, die seit Jahren bei  
wichtigen Verhandlungen und Abstimmungen die  
„Stimme der Versöhnung“ zwischen Fortschritt-  
und nationalliberaler Partei gebildet haben. Um  
so absurder ist, wenn von einer solchen Versamm-  
lung die „Nord. Allg. Ztg.“ und nach ihr der  
offizielle Telegraph und die gesammte antiliberaler  
Presse Preußens und des Reichs melden wollen,  
sie habe sich für zweijährige Budgetperioden aus-  
gesprochen.

Ein Kampfmittel ist die extreme Gruppe der  
Conservativen nicht verlegen. Mit welcher  
Unbesonnenheit diese Partei auch die humansten  
Bestrebungen der Liberalen verlästert, davon geben  
die gegenwärtig von der deutsch-conservativen  
Partei herausgegebenen Wahlflugblätter „Was  
sollen wir wählen?“, die sich mit ihrem Land-  
leute, paßt an!“ speciell an die Landbesitzer  
richten, an hundert Stellen bereitet Zeugnis.  
Es mag hier nur ein Beispiel angeführt  
werden. Da heißt es am Schluß des  
zweiten Heftes: „Die Herren (Liberalen)  
haben noch so manches schöne Geseh in der Tasche,  
mit dem sie uns beglücken wollen. So hört man,  
daß sie die obligatorische Leichenschau einführen  
wollen, daß heißt, wenn irgendwo aus dem Lande  
ein Mensch stirbt, so muß der Reichthum ge-  
holt werden, um zu beschleunigen, woran er ge-  
horcht ist. Als ob er davon wieder lebendig  
würde! Ein schönes Geld für Nichts würde  
es natürlich den Landgemeinden kosten; die  
Städter, die den Krug am Ort haben, hätten  
natürlich keine großen Kosten davon und denken  
sich Das nicht so schlimm; daraus sieht man auch  
wieder, wie schlimm es für uns arme Landleute  
ist, wenn die Gesehe von Städtern gemacht werden.“

Darum wählt keine Herren aus den Städten,  
keine Liberalen, wenn ihr sparsame Wirtschaft  
wollt und Stenererlasse!“

Der besondern Aufmerksamkeit würdig bleibt  
das Gebahren der „freiwillig-gouvernementalen“  
Presse. Jeder Tag erbringt neue Beweise, mit  
welcher Methode von dieser Seite die sonnen-  
klarsten und bekanntesten Dinge entstellt werden.  
Die „Danziger Zeitung“ hatte vor kurzem  
den Satz ausgesprochen: „Nicht gegen Bismarck  
— sondern gegen die Reaction in Staat, Kirche  
und Volk!“ Daraus fragt heute die „Nord-  
deutsche Allgem. Zeitung“: „Wo ist die  
Reaction? Wer will sie? Wer kündigt sie an?“  
Wir verweisen die „N. N. Z.“ an die evangelisch-  
lutherische Konferenz, deren Präsident die  
Resolutionen über die Verdrängung der Schule  
mit dem Rufe begleitete: „Gefegnet sei die  
Reaction!“ wir verweisen sie an die „Kreuz-  
zeitung“, die laut erklärt, daß sie gegen diese  
„gesunde Reaction“ nichts einzuwenden habe; wir  
verweisen sie an die „Germania“, welche die  
Lösung anbietet: „Weg mit der Staatsschule!“  
Ist Das noch nicht genug „Reaction“? Freilich,  
die „N. N. Z.“ sagt: „Noch ist nicht das Ge-  
ringste über angeblich reaktionäre Absichten der  
Regierung verläumdelt worden.“ Nun, wir wollen  
dies Wort nicht auf die Goldwaage legen; aber  
meint denn die „N. N. Z.“ die Liberalen hätten  
es in diesem Wahlkampf allein mit der Regierung  
zu thun? Die Absichten der Regierung sind uns  
wenig bekannt; sehr bekannt aber sind uns die  
Absichten jener feindlich-ultramontanen  
Gesellschaft, die jetzt unter dem Rufe: „Nieder  
mit dem Liberalismus!“ heranzieht, um die „Derr-  
schaft von Pfaff und Junker“, wie sich die „Post“  
so treffend ausdrückt, im Staate wieder aufzu-  
richten. Zu verhindern, daß diese die Reaction  
auf allen Gebieten predigende Coalition im preu-  
sischen Abgeordnetenhause eine entscheidende Be-  
deutung erlange — Das ist jetzt die erste  
Sorge. Zur Regierung wird die liberale Partei  
Stellung überhaupt erst dann nehmen können,  
wenn dieselbe mit ihrem Programm an den hellen  
Tag getreten ist.

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 29. August.

Die beiden Reichskanzler (wenn man so  
sagen darf, denn Graf Andrassy führt diesen  
Titel nicht, sondern den eines Ministers der aus-  
wärtigen Angelegenheiten) gehen, wenn vom läz-  
wenden Gemüthe der beiden Kaiserhöfde, die läz-  
liche Alpenluft an der Casselner Höhe. Der  
Telegraph berichtet, daß sie dinstens, spazieren fahren  
und conferiren, aber was die beiden Reichskanzler  
am Besten der Zeit zusammenwirken, weiß (bis  
zur Stunde) kein Weber. Daß Fürst Bismarck  
Besuche gemacht haben kann, den ihm persönlich  
überaus sympathischen und der Ausübung seiner  
Pläne durchaus homogenen Staatsmann zu be-

wegen, im Amte zu verbleiben, ist nur zu wun-  
schenswerth. Bereits hat der Telegraph berichtet,  
daß diese Lösung der Ministerkrise in Wien  
nicht zu den Unmöglichkeit gehört und daß Fürst  
Bismarck geneigt sei, den Besuch des Grafen in  
Wien zu erwidern. Daß es sich bei dieser Zu-  
sammenkunft um eine Stärkung des Ansehens  
Andrassy's handelt, erscheint uns als eine ge-  
langene Thatfache, die in Deutschland Genug-  
thuung hervorzurufen mag; denn die Politik des  
Reichskanzlers und die Sympathien des deutschen  
Volkes gravitiren zu einer Stärkung Oesterreichs  
und zu einer Schwächung des übermächtigen und über-  
wichtigen Russlands. Daß Fürst Bismarck mit Hilfe  
des geschmeidigen Anruffes dem russischen Einflusse im  
Oriente eine Schranke gesetzt, ist nachgerade  
offenbar geworden durch den Ruck in der russischen  
Presse und durch die Verstimmung, welche zwischen  
Gortschakoff und Bismarck seit dem Falle  
von Bienna besteht. Der deutsche Kanzler hat  
glücklicherweise dafür gesorgt, daß die russischen  
Dämme nicht in den Himmel wachsen.

Ueber die Begegnung der beiden Staatsmänner  
berichtet der Feineren die „Post“:  
Wien, 28. August. Aus Cassel wird ge-  
meldet: Graf Andrassy blieb gestern von 1/2 12 Uhr  
Bormittags bei dem Fürsten Bismarck und  
dinstens auch bei ihm. Die Konferenz beider Staats-  
männer währte bis um 4 Uhr und wurde nach  
dem Diner wieder aufgenommen. Die Dinerstunden  
ausgenommen, blieben Beide allein, nicht einmal  
ein Beamter wohnte der Konferenz bei. Um 1/2 7 Uhr  
unternahmen Fürst Bismarck und Graf Andrassy  
eine Spazierfahrt nach Böckheim; im ersten Wagen  
sahen die Staatsmänner, wobei Fürst Bismarck  
dem Grafen Andrassy den Ehrenplatz überließ; im  
zweiten Wagen folgten die Fürstinnen Bismarck  
und Odecalch, ferner Graf Wilhelm Bismarck und  
Graf Arco. Um 9 Uhr kehrten sie nach Cassel  
zurück; Andrassy blieb bei Bismarck um Tee bis  
spät in die Nacht. Das Publicum acclamirte leb-  
haft die beiden Staatsmänner.

Wie die Andrassy-Krise in Wien aufge-  
faßt wird, darüber berichtet die „Neue freie  
Presse“ vom Donnerstag wie folgt: „In mehreren  
officiösen Blättern begegnen wir der Meldung,  
daß Graf Andrassy in Cassel sich bereits in der  
Lage befinde, dem Fürsten Bismarck seinen Amts-  
nachfolger namhaft zu machen, daß somit die  
saisliche Entscheidung über diese Frage bereits  
erloschen sei. Gleichzeitig wird in den der Regie-  
rung nahestehenden Organen die Candidatur des  
Baron Doymerle als die erste unter den auf-  
getauchten Candidaturen bezeichnet. Wenn nun auch  
die definitive Entscheidung in dieser Krise bereits  
getroffen ward, so wäre es nach einer uns zu-  
gehenden Mittheilung doch nicht ausgeschlossen,  
daß die Publication der Entscheidung noch einige  
Zeit, vielleicht bis zur Beendigung der großen  
Ränder, auf sich warten ließe.“ Das Wiener  
Blatt, welches dem Grafen nicht hold ist, ver-  
schweigt das Gerücht, daß Graf Andrassy mög-  
licherweise dem Staatsräthe erhalten bleiben  
könnte.

Nach eine zweite diplomatische Action des  
Reichskanzlers beschäftigt andauern alle po-  
litischen Kreise. Wir meinen die Abreise Ran-  
teuffel's nach Warschau. Eine neue Person  
wird der „Magdeb. Ztg.“ aus Berlin gemeldet.  
Es heißt in der Correspondenz:

„In gut unterrichteten Kreisen hebt man mit  
Betonung hervor, daß die Sendung des Feldmar-  
schalls Ranteuffel an den Kaiser von Rußland  
keineswegs die Bedeutung einer bloßen Höflichkeit-  
begehung, sondern einen sehr hervorragenden politi-  
schen Charakter habe. Es wird nachträglich be-  
kannt, daß die Sendung in Uebereinstimmung  
mit dem Willen Bismarck erfolgt und daß  
bis vor wenigen Tagen ein lebhafter telegraphischer  
Verkehr zwischen Bismarck und Ranteuffel statt-  
gefunden hat. Die Mission, so sagt man, sei so  
wichtig, als nur jemals eine gewesen, welche dem  
Freiherrn v. Ranteuffel in früherer Zeit übertragen  
war. Es dürfte sich um Ausgleichung von Diffe-  
renzen handeln, welche sich auf die Congreß-  
seit zurückführen lassen und seitdem durch die  
bekanntem persönlichen Beziehungen zwischen den  
beiden Reichskanzlern von Deutschland und Ruß-  
land noch gemildert sind. Man will nicht ein-  
räumen, daß diese Differenzen eine Ausdehnung  
angenommen hätten, welche ernsteren Bedenken  
Raum ließen, sondern sucht zu verbreiten, daß es  
sich nur darum handle, den geeigneten Zeitpunkt  
der jetzt leicht zu erzielenden Verständigung nicht  
unbenutzt vorbegehen zu lassen.“

Welcher Größt übrigens in Rußland gegen  
die Person des Fürsten Bismarck besteht, beweist  
ein Artikel des sonst ziemlich gemäßigten Blattes  
„Die Zeit“, welchem wir nachfolgendes entnehmen:  
„Die Berliner Presse motivirt ihren Haß gegen  
den Fürsten Gortschakoff dadurch, daß die Be-  
ziehungen Rußlands und Deutschlands sich wäh-  
rend seiner Thätigkeit verschlechtert hätten. Was  
für eine Verschlimmerung ist es denn? Wenn  
man von der Polemik zwischen den deutschen und  
russischen Zeitungen wegen der Charakteristik der  
Rolle abstrahirt, welche die deutsche Politik und  
speciell Fürst Bismarck auf dem Berliner  
Congreß gespielt hat — und von dieser Polemik  
muß man abstrahiren, da sie ja die Beziehungen  
zwischen den Regierungen Deutschlands und  
Rußlands nicht tangirt. — So bleiben einzig die  
Handlungen des deutschen Kanzlers übrig, welche  
keine Sympathie bei uns finden. Hauptächlich  
gedrht in die Kategorie dieser Handlungen seine  
lässliche Agitation gegen Rußland aus Anlaß der  
Krausnischen Welt — eine Agitation, welche un-  
serer Landwirthschaft enorme, auf den Betrag  
von 80 bis 80 Millionen veranschlagte Verluste  
zugefügt hat, dann läme die Annahme des Ber-  
liner Kanzlers, den russischen Eisenbahnen einen  
westlichen Flacon und solche Waarenverfrachtun-  
gen, welche nach dem früheren Vorgange einen  
beträchtlichen Theil des russischen Exports an die  
preussische Grenze und in die preussischen Häfen, anstatt  
in unsere baltischen, dirigiren würden. Die einzelnen  
Kränkel der Polleform des Fürsten Bismarck, welche  
im Allgemeinen für Deutschland höchst vortheilig war,  
sollen von Rußland gekündigt werden, und da wir  
dem Druck aus Berlin nicht nachgeben und unsere  
materiellen Interessen wegen der finanziellen und